



Bettina Herlitzius MdB

Sprecherin für Stadtentwicklung und
Obfrau im Ausschuss für Verkehr, Bauen
und Stadtentwicklung der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bettina Herlitzius, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin
Diozösanarbeitsgemeinschaft „Integration
durch Arbeit im Caritasverband für das
Bistum Aachen – Vorstand –
Kapitelstr. 3
52066 Aachen

Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. - 7. Okt. 2010
z. V. an
z. K. an

Berlin, 28.09.2010

Bezug:
Anlagen:

Büro Berlin:

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227 71012
Fax: +49 (0)30 227 76012
Email: bettina.herlitzius@bundestag.de

Regionalbüro:

Franzstraße 34
52064 Aachen
Telefon: +49 (0)241 45032011
Fax: +49 (0)241 45006793
Email: bettina.herlitzius@wk.bundestag.de

AW: Offener Brief – An die Mitglieder des Bundestages und die Mitglieder des Landtages NRW aus dem Bistum Aachen

Sehr geehrter Herr König, sehr geehrter Herr Ohlenforst, sehr geehrter Herr Schubert,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. August 2010.

Wir teilen Ihre Sorgen bezüglich der sogenannten "Bürgerarbeit" aus folgenden
Gründen:

Auch wir Grüne sehen die Notwendigkeit eines verlässlichen Sozialen Arbeitsmarktes
in einer Größenordnung von rund 400.000 Plätzen. Wir wollen, dass die passiven
Leistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und die
Maßnahmekosten in ein Arbeitsentgelt umgewandelt und als Lohn an die im Sozialen
Arbeitsmarkt Beschäftigten ausbezahlt wird. Anstelle von Arbeitslosigkeit wird so
sinnstiftende und sinnvolle Arbeit finanziert.

Diesen so genannten „Passiv-Aktiv-Transfer“, der auch von Wohlfahrtsverbänden wie
der Diakonie und dem Paritätischen seit langem gefordert wird, lehnt die
Bundesregierung jedoch strikt ab.

Stattdessen legt sie mit der „Bürgerarbeit“ ein neues Modellprojekt auf, das eine lange
Reihe anderer Programme öffentlich geförderter Beschäftigung fortsetzt und
offensichtlich auch ablösen soll. Das Programm „Kommunal-Kombi“ wurde zum
Jahreswechsel 2010 eingestellt. Das Programm „JobPerspektive“ wird von der
Bundesregierung blockiert. Der Unterschied zur „JobPerspektive“ besteht laut
Bundesministerium für Arbeit und Soziales allein in den unterschiedlichen
Zielgruppen. Die „JobPerspektive“ richtet sich an langzeitarbeitslose Menschen mit
besonderen Vermittlungshemmnissen. Bei der „Bürgerarbeit“ wird die Zielgruppe nicht
genau spezifiziert. Das birgt aus unserer Sicht die Gefahr von Creaming-Effekten,
zulasten der besonders Benachteiligten.

Gegenüber den vorhandenen Instrumenten bietet die „Bürgerarbeit“ keine Elemente, die
den Modellcharakter rechtfertigen. Die vorgelagerten Stufen Beratung, Aktivierung und
Qualifizierung stellen das Standardgeschäft der Jobcenter dar, das jedem
Arbeitsuchenden zuteil werden sollte. Die im Rahmen der „Bürgerarbeit“ vorgesehene



Intensivierung der Bemühungen in diesen drei Stufen, sollte – wenn hieraus gegenüber dem Jetzt-Zustand bessere Integrationserfolge erwachsen – generell vorgenommen werden und nicht einer ausgewählten Gruppe vorbehalten sein. Ein sozialer Arbeitsmarkt richtet sich darüber hinaus an Personen ohne absehbare Chancen am Arbeitsmarkt. Diese haben in der Regel lange Zeiten der Arbeitslosigkeit und offenbar erfolglose Maßnahmekarrieren hinter sich.

Für Arbeitsuchende, die trotz aller Bemühungen auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, bietet die „Bürgerarbeit“ keine Verbesserung gegenüber dem Status quo. Die Begrenzung auf ein Arbeitnehmer-Brutto von 900 Euro stellt im Gegenteil im Vergleich zur „JobPerspektive“, die eine Orientierung an den tariflichen bzw. ortsüblichen Löhnen verlangt, oftmals eine Verschlechterung dar. Der ergänzende Arbeitslosengeld II-Bezug wird selbst für Alleinstehende durch die „Bürgerarbeit“ nicht vermieden. Von Freiwilligkeit kann darüber hinaus bei der „Bürgerarbeit“ nicht gesprochen werden. Gerade in der Phase der eigentlichen „Bürgerarbeit“ wird eine Ablehnung genauso sanktioniert, wie die Ablehnung eines regulären Arbeitsangebots.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Herlitzius